

10.12.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Endlich mehr Respekt für unsere ältere Generation!

I. Ausgangslage

„Mama, Papa, könnt Ihr heute Nachmittag auf die Kinder aufpassen?“ – Diese Frage ist für viele Großeltern Alltag. Um die eigenen Kinder im Berufsleben zu unterstützen, passen sie auf die Enkelkinder auf, kochen oder helfen im Haushalt. In vielen Städten gibt es bereits Menschen der älteren Generation, die sich als Lesepaten in den Kitas engagieren oder Familien zur Verfügung stehen, die nicht mehr oder nicht in der Nähe über Großeltern verfügen und so ein familienähnliches Netzwerk schaffen. Sie sind eben nicht einfach „alte Leute“. Sie sind wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Dafür haben sie endlich mehr Respekt verdient.

Unsere Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn wir gemeinsam die Zukunft gestalten. Das Miteinander muss dabei im Fokus stehen. Die stärkere Integration von Menschen der älteren Generation in das alltägliche Leben gehört zur Pflichtaufgabe einer funktionierenden Gesellschaft. Ziel muss es sein, dass Menschen jeden Alters ihr Leben selbst gestalten und ihre Kräfte und Fähigkeiten in das Ganze einbringen können.

Viele Menschen stehen auch im hohen Alter mitten im Leben. Sie arbeiten, helfen ihren Familien, engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich und bringen Erfahrung mit. Das muss stärker gefördert werden. Das kann nur funktionieren, wenn ihnen dafür die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Denn Menschen hohen Alters sind nicht nur schützenswert, sondern leisten selbst einen Beitrag für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit. Dies beweisen u. a. die mittlerweile 66 Senior Cops in NRW: Das sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, die im Rahmen eines Pilotprojekts eine wertvolle Unterstützung bei der Ermittlung von sog. Cold Cases und der Einarbeitung neuer Ermittlerinnen und Ermittler leisten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass sich die Alten- und Pflegepolitik an den Fähigkeiten der Menschen und nicht ausschließlich an deren Schwächen orientiert.

Unser Land wandelt sich ständig, das muss auch für unsere Politik gegenüber der älteren Generation gelten. Dafür braucht es angepasste Konzepte, die mehr individuelle Lebensgestaltung möglich machen und diejenigen unterstützt, die z. B. Hilfe durch Pflege benötigen. Insbesondere die Pflegenden Angehörigen spielen eine zentrale Rolle bei der Unterstützung ihrer Familienmitglieder, Nachbarn oder einfach ihrer Mitmenschen. Sie sollen nicht nur Unterstützung leisten, sondern selbst besser unterstützt werden.

Gerade in der Pflege zeigt sich, dass in NRW zurzeit zu wenig getan wird. Die Pflegeheimkosten explodieren, immer mehr Pflegeeinrichtungen gehen in die Insolvenz und Pflegende

Datum des Originals: 10.12.2024/Ausgegeben: 10.12.2024

Angehörige sind am Limit. Das Land kann hier viel tun, das muss es auch. Ansonsten werden die Menschen in NRW zukünftig weiter allein gelassen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- sich die Alten- und Pflegepolitik in NRW nicht allein nach den Schwächen der Menschen, sondern gerade auch nach ihren Fähigkeiten und Potentialen ausrichten muss,
- die ältere Generation ein entscheidender Teil einer funktionierenden Gesellschaft ist, indem sie sich z. B. ehrenamtlich engagiert, ihre Familien unterstützt, ihre Lebenserfahrung in die Arbeitswelt oder auch in haushaltsnahe Dienstleistungen für andere einbringt,
- mehr soziale Teilhabe möglich ist und das Land NRW dafür mehr tun kann und muss, damit alle Menschen gleichermaßen mitgenommen werden können.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen und gegen Einsamkeit nutzen. Dazu zählen folgende Maßnahmen:
 - Ehrenamtliches Engagement muss stärker gefördert werden. Menschen muss es möglich sein, ihren Alltag zu bestreiten und trotzdem im Verein aktiv teilzuhaben oder in kommunalen Parlamenten zu partizipieren.
 - Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen vom Land in die Lage versetzt werden, ehrenamtliche Tätigkeiten zu unterstützen und die dafür notwendige Flexibilität zu gewährleisten. Das Land muss im öffentlichen Dienst als Vorzeige-Beispiel vorangehen.
 - Die Landesregierung muss ehrenamtliches Engagement besser koordinieren. Insbesondere sollen für ältere Menschen Austausch- und Qualifizierungsangebote über die Kommunen, Organisationen, Vereine und Initiativen angeboten werden.
 - Die Landesregierung soll unter Berücksichtigung der Konnexität ein Gutachten zur Stärkung der kommunalen Seniorenarbeit im Alten- und Pflegegesetz NRW in Auftrag geben.
 - Es sollen Konzepte entwickelt werden, um älteren Menschen den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen/Ereignissen zu erleichtern. Die Gründung von Seniorentreffs soll besser gefördert werden.
 - Mehr Förderung von Einrichtungen wie z.B. Seniorenbüros oder Seniorenbegegnungsstätten, die ein quartiersbezogenes Zusammenleben verbessern.
 - Quartiersprojekte, die gegen die Vereinsamung im Alter arbeiten, für ältere Menschen aller Herkunftsländer sollen geöffnet und speziell gefördert werden. Dabei soll darauf geachtet werden, aufsuchende Angebote zu etablieren, die die Betroffenen direkt ansprechen.
 - Mobilität im Alter muss stärker in den Fokus gerückt werden: Menschen jeden Alters müssen an den ÖPNV angebunden werden und alternative Mobilitätsformen

wie Bürgerbusse, Carsharing und Fahrdienste müssen besser von der Landesregierung gefördert werden.

- Es ist zu prüfen, inwieweit Seniorinnen und Senioren durch kommunale Träger der Jugendhilfe zusätzliche Bezugspersonen für Kinder und Familien werden können, die nicht mehr oder nicht in der Nähe über ein Netzwerk mit Großeltern verfügen. Dies muss mit den gesetzlichen Regelungen des Kinderschutzes konform sein.

2. Pflege im Alter nicht zur Belastung, sondern zur echten Unterstützung zu machen. Folgende Schritte sind dazu notwendig:

- Das Land NRW muss sich über eine Bundesratsinitiative für eine Reform der Pflegeversicherung stark machen, damit sie ihr Ziel, Armut durch Pflegebedürftigkeit zu verhindern, besser erreicht.
- Das Land NRW muss sich an den Investitionskosten der vollstationären, der teilstationären und der ambulanten Pflege sowie der Pflegeausbildung besser beteiligen als bisher.
- Digitale Assistenzsysteme müssen gezielt gefördert werden. Wohnungen für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige sollen besser ausgestattet und dafür die Digitalisierung stärker genutzt werden. So können auch pflegende Angehörige besser unterstützt werden.
- Der Landesförderplan Alter und Pflege muss überarbeitet und neu aufgelegt werden. Neben der Unterstützung älterer Menschen sollen dabei ihre Fähigkeiten und Stärken in den Fokus gerückt werden. Kürzungen im Landeshaushalt stehen diesem Ziel entgegen.
- Das Gemeindegewest Plus-Projekt aus Rheinland-Pfalz zeigt, wie erfolgreich die aufsuchende Arbeit bei älteren Menschen zuhause funktionieren kann. Diesem guten Beispiel muss auch NRW endlich folgen.
- Pflegegrade und Grade der Behinderung müssen schneller entschieden und anerkannt werden.
- Pflegende Angehörige sollen für die harte Arbeit der Pflege entlastet werden. Als Ausgleich sollen Kurangebote ausgeweitet und ein Landesprogramm zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen eingesetzt werden.

3. Mehr Respekt für unsere ältere Generation sicherstellen. Dafür braucht es:

- Digitale Kompetenzen müssen besser gefördert und alterszugeschnittene Beteiligungsangebote erweitert werden. Es braucht klare Handlungsanweisungen des Landes NRW, um zu verhindern, dass die Digitalisierung zur Exklusion der älteren Generation führt.
- Es müssen Beratungsangebote etabliert und polizeiliche Schutzmaßnahmen gegen Kriminalität, die die Vulnerabilität alter Menschen gezielt ausnutzt, verstärkt werden.

- Die Landesregierung muss in Kooperation mit den Kommunen eine flächendeckende integrierte Sozialplanung erarbeiten. Diese soll auf ein lebenswertes und gesundes Lebens- und Wohnumfeld für alle Generationen abzielen und geeignete Maßnahmen für verletzte Gruppen vorsehen.
- Für alle Menschen muss mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Insbesondere braucht es in NRW mehr altersgerechtes Wohnen. Dazu müssen z.B. mehr barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion